

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 BAUGB UND ZEICHENERKLÄRUNG

MISCHGEBIET (MI) (GEM. § 6 BAUNVO)
 MASS DER BAULICHEN NUTZUNG II ZAHL DER VOLLGESCHOSSE
 0.4 GRUNDFLÄCHENZAHL
 0.8 GESCHOSSFLÄCHENZAHL (GFZ)
 BAUWEISE 0 OFFENE BAUWEISE
 BAUGRENZE

- MISCHGEBIET (MI)
- ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHE
- NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHE
- HAUPTFIRSTRICHTUNG

VERKEHRSFLÄCHE (GEM. § 9 (1) 11 UND ABS. 6 BAUGB)

- STRASSEN UND WEGE
- STRASSENBEGRÄNZUNGSLINIE

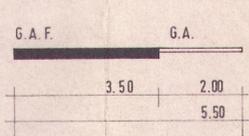
PFLANZFLÄCHE (GEM. § 9 (1) 25 UND ABS. 6 BAUGB)

- UMGRENZUNG VON FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN (GEM. § 9 (1) 25a ABS. 6 BAUGB)
- BÄUME ANPFLANZEN VON HEIMISCHEN BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND ZWAR AUF JE 10,00 M MIND. 1 GROSSKRONIGER LAUBBAUM UND DAZWISCHEN PRO Q.M. MIND. 1 STRAUCH
- STRÄUCHER
- ANPFLANZUNG VON EINZELBÄUMEN (GEM. § 9 (1) 25a BAUGB)
- GROSSKRONIGE LAUBBÄUME WINTERLINDE
- PRIVATE GRÜNFLÄCHE

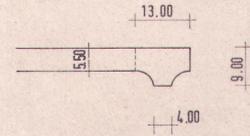
SONSTIGE DARSTELLUNGEN UND FESTSETZUNGEN

- KANAL
- GEPL. GRUNDSTÜCKSGRENZE
- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
- MIT LEITUNGSRECHT ZU BELASTENDE FLÄCHE (GEM. § 9 (1) NR 21 UND ABS. 6 BAUGB)

STRASSENQUERSCHNITT



WENDEANLAGE

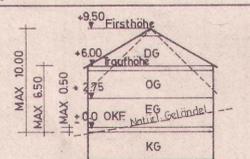


G= GEHEN, A= AUFENTHALT, F= FAHREN

DIE GEM. § 9 (1) 26 BAUGB ZUR HERSTELLUNG DES STRASSENKÖRPERS ERFORDERLICHEN FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN ABGRABUNGEN UND STÜTZMAUERN SIND NUR AUSSERHALB DER FESTGELEGTEN VERKEHRSFLÄCHEN ZULÄSSIG. ZUFahrTEN, STELLPLÄTZE UND PARKPLÄTZE SIND IN EINER WASSERDURCHLÄSSIGEN BEFESTIGUNGSART AUSZUFÜHREN. GARAGEN UND NEBENANLAGEN SIND NUR INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFÄCHEN ZULÄSSIG.

GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN GEM. § 118 HB0

KENNZIFFER	○ ○ ○ ○ ○
DACHFORM	GENEIGTES DACH MIT 20° - 45° NEIGUNG REINES PULTDACH UNZULÄSSIG
MAX. MÖGL. FLACHDACHANTEIL	
HAUPTGEBÄUDE	30 %
NEBENGEBÄUDE	100 %
GARAGEN	100 %
DACHEINDECKUNG	HARTES MATERIAL FARBTON DUNKELZEMENTE UNZUL.
MAX. TRAUFHÖHE	6.00 M VON O.K.F. ROHBAU DER DEM TIEFSTANGESCHNITTENEN PUNKT DES NATÜRL. GELÄNDES MIT DER AUSSENWAND AM NÄCHSTEN LIEGT. (MAX. + 0.50) BIS ZUM ÄUSSEREN SCHNITTPUNKT DER DACHHAUT MIT DER AUSSENWAND.
MAX. FIRSHÖHE	9.50 M VON O.K.F. ROHBAU DER DEM TIEFSTANGESCHNITTENEN PUNKT DES NATÜRL. GELÄNDES MIT DER AUSSENWAND AM NÄCHSTEN LIEGT. (MAX. + 0.50)
EINFRIEDIGUNGEN	ABGRENZUNG ZUR STRASSE BIS MAX. 1.00 M SONST. 1.50 M HÖHE. ANSCHLUSS DER STRASSEINFRIEDIGUNG AN DIE SEITLICHE EINFRIEDIGUNG DARF NICHT VOR DER BAUGRENZE ERFOLGEN.
GRÜNGESTALTUNG	IM MI SIND MINDESTENS 8/10 DER NICHT ÜBERBAUTEN GRUNDSTÜCKSFÄCHEN GÄRTNERISCH ANZULEGEN UND ZU ERHALTEN. AN SÄMTLICHEN ÖFFENTLICHEN STRASSEN SIND AUF JEDEM BAUGRUNDSTÜCK INNERHALB EINES STREIFENS VON 5.00 M AB GRENZE MINDESTENS 1 GROSSKRONIGER LAUBBAUM BEI ÜBER 25.00 M BREITEN GRUNDSTÜCKEN UND ECKGRUNDSTÜCKEN 2 BÄUME ZU PFLANZEN.



Gemäß § 1 (2) Planzeichen VO wird bescheinigt, daß die Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke mit dem Nachweis des Liegenschaftskatasters übereinstimmen.

Stand vom
 Ort Weilburg Datum 11.05.90 (Siegel)
 Unterschrift [Signature]
 Katasteramt
 Der Landrat
 des Landkreises Limburg-Weilburg
 - Katasteramt Weilburg -



VERLAUFSPROTOKOLL

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS DURCH DIE GEMEINDEVERTRETUNG	AM 9. 6. 1989
BEKANNTMACHUNG DES AUFSTELLUNGSBESCHLUSS GEM. § 2 (1) BAUGB	AM 8. 9. 1989
BÜRGERBETEILIGUNG GEM. § 3 BAUGB	DURCH ÖFFENTLICHE DARLEGUNG UND ANHÖRUNG IN EINER BÜRGERVERSAMLUNG ODER - UND DURCH OFFENLEGUNG IN DER ZEIT VOM 12. 9. 1989 BIS 26. 9. 1989
BESCHLUSS ÜBER DIE VORGEBRACHTEN ANREGUNGEN UND BEDENKEN NACH BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BE- LANGE GEM. § 4 (1) BAUGB DURCH DIE GEMEINDEVERTRETUNG	AM 9. 4. 1990
OFFENLEGUNGSBESCHLUSS DURCH DIE GEMEINDEVERTRETUNG GEM. § 3 (2) BAUGB	AM 29. 10. 1990
BEKANNTMACHUNG DER OFFENLEGUNG	AM 2. 11. 1990
OFFENGELEGT IN DER ZEIT VOM 14. 11. 1990 BIS 13. 12. 1990	
BESCHLUSS ÜBER DIE WÄHREND DER OFFENLEGUNG VORGE- BRACHTEN ANREGUNGEN UND BEDENKEN GEM. § 3 (2) BAUGB DURCH DIE GEMEINDEVERTRETUNG	AM 18. 12. 1990
BESCHLUSSFASSUNG DURCH DIE GEMEINDEVERTRETUNG GEM. § 10 BAUGB ALS SATZUNG	AM 18. 12. 1990



BESELICH DEN 24. 1. 1991 BÜRGERMEISTER

ANZEIGEVERMERK GEM. § 11 BAUGB

Das Anzeigeverfahren nach § 11 Abs. 3 BauGB wurde durchgeführt. Die Verletzung von Rechtsvorschriften wird nicht geltend gemacht.
 Verfügung vom 8. 4. 91
 Az.: 34-61 d 04/01 -
 Regierungspräsidium Gießen
 Im Auftrag
 [Signature]

1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES

TLP: „ OBEIN IN DER AU “ UND
 „ AUF DEM SIEGHAUS “, TLW: „ FLUR 2+14 “
 M 1 : 1 0 0 0

GEMEINDE B E S E L I C H
 ORTSTEIL O B E R T I E F E N B A C H
 KREIS L I M B U R G / W E I L B U R G

BEARBEITET: LANDKREIS LIMBURG / WEILBURG
 LIMBURG, DEN 28. 1. 1991 U M W E L T A M T
 REGIONAL- UND BAULEITPLANUNG

[Signature]

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

- BAUGESETZBUCH IN DER FASSUNG VOM 8. 12. 1986 (BGBl. I S. 2253)
- BAUNUTZUNGSVERORDNUNG IN DER FASSUNG VOM 23. 1. 1990 (BGBl. I S. 133)
- PLANZEICHENVERORDNUNG IN DER FASSUNG VOM 30. 7. 1981 (BGBl. I S. 833)
- HESS. BAUORDNUNG IN DER FASSUNG VOM 20. 7. 1990 (GVBl. 1990 I S. 476) ZULETZT GEÄNDERT AM 11.9.1990 GVBl. I S. 538

DAS ANZEIGEVERFAHREN NACH § 11 ABS. 3 BAUGB WURDE DURCHFÜHRT. DIE VERLETZUNG VON RECHTSVORSCHRIFTEN WURDE INNERHALB DER DREI-MONATSFRIST NICHT GELTEND GEMACHT.

DER BEBAUUNGSPLAN WURDE MIT DER BEKANNTMACHUNG RECHTSVERBINDLICH.

BESELICH DEN 12. 04. 1991 BÜRGERMEISTER

